



Mit einem lauten Knall erwachte der Nahe Osten am 13. Juni 2025 – und das im wörtlichen Sinne. In den frühen Morgenstunden startete Israel eine breit angelegte Luftoffensive gegen den Iran. Die Angriffe, die unter dem Codenamen „Operation Rising Lion“ geführt wurden, trafen das Herz des iranischen Machtapparats. Ziele waren unter anderem Nuklearanlagen, Militäreinrichtungen und hochrangige Führungspersönlichkeiten der Revolutionsgarden.

Der symbolträchtigste Verlust für Teheran: Generalmajor Hossein Salami, Oberbefehlshaber der Islamischen Revolutionsgarde. Auch General Gholam Ali Rashid, ein enger Berater Khameneis, und zwei prominente Nuklearwissenschaftler wurden getötet. Israel sieht die Aktion als letzte Warnung – bevor der Iran die Schwelle zur Atommacht überschreitet.

Der Schlag ins Zentrum der iranischen Macht

Die Angriffsziele waren nicht zufällig gewählt. Teheran, Natanz, Khondab, Khorramabad – Orte, die eng mit dem iranischen Atomprogramm und der militärischen Kommandoebene verknüpft sind. Dabei soll der Angriff nicht nur militärische Infrastruktur zerstört haben – auch Wohngebiete wurden getroffen. Unter den zivilen Opfern sollen sich auch Kinder befinden.

Ein Risiko mit globaler Sprengkraft

Israelische Regierungsvertreter sprachen von einem Präventivschlag, notwendig zur „Verteidigung der nationalen Existenz“. Die Aktion sei sorgfältig geplant worden, Ziel sei die Verhinderung einer iranischen Atombombe. Doch mit dieser Entscheidung betritt Israel gefährliches Terrain: Die Operation könnte den gesamten Nahen Osten ins Wanken bringen.

Schon jetzt steigen die Ölpreise weltweit rasant – ein Plus von fast 10 % innerhalb weniger Stunden. Börsen und Wirtschaftsmärkte reagieren nervös. Mehrere Nachbarstaaten, darunter der Irak, haben vorsorglich ihren Luftraum geschlossen. Die Internationale Atomenergiebehörde kündigte an, die Lage „sehr genau“ zu beobachten – was auch immer das in dieser angespannten Atmosphäre konkret heißen mag.

Irans Antwort: Feuer aus der Luft

Der Iran reagierte binnen Stunden mit einer eigenen Eskalation. Über 100 Drohnen wurden auf israelisches Gebiet abgefeuert. Auch die Drohung mit ballistischen Raketen blieb nicht aus. Und das war erst der Anfang, warnte die Führung in Teheran. Oberster Führer Ayatollah Ali Khamenei kündigte eine „bittere und schmerzhaft“ Antwort an. In seinen Worten



schwang nicht nur Wut mit – sondern auch eine unmissverständliche Kampfansage.

Schulen und öffentliche Einrichtungen in Israel bleiben geschlossen. Die Luftabwehrsysteme des Landes wurden in höchste Alarmbereitschaft versetzt. Der Ausnahmezustand – kein Szenario mehr, sondern Realität.

Globale Schockwellen: Politik und Wirtschaft in Aufruhr

Internationale Reaktionen ließen nicht lange auf sich warten. Die Vereinigten Staaten distanzieren sich von den israelischen Angriffen. Präsident Donald Trump betonte, man sei weder involviert noch informiert gewesen. Eine klare Botschaft: Dieser Krieg sei nicht ihrer.

Dennoch trifft die Eskalation auch Washington – politisch wie wirtschaftlich. Die internationalen Märkte reagierten prompt: Der Ölpreis schoss um fast 10 % in die Höhe, während US-Aktienfutures nachgaben. Analysten warnen bereits vor einem möglichen Flächenbrand in der Weltwirtschaft, sollte sich der Konflikt ausweiten.

Streit um die Nationalgarde: Trumps Griff nach umfassender föderaler Macht

Fast unbemerkt von der Weltöffentlichkeit entfaltete sich am selben Tag ein politischer Showdown in den USA – ebenfalls mit explosivem Potenzial. Das Berufungsgericht des 9. US-Bezirkskreises hat entschieden: Präsident Trump darf die Kontrolle über die Nationalgarde in Los Angeles vorerst behalten. Das Urteil setzt eine frühere Entscheidung außer Kraft, in der ein Bundesrichter Trumps Vorgehen als verfassungswidrig bezeichnet hatte.

Ein Schritt, der die ohnehin aufgeheizte politische Atmosphäre weiter befeuert.

Der Hintergrund: Proteste und militärische Antwort

Alles begann mit Protesten in Los Angeles, ausgelöst durch umstrittene ICE-Razzien gegen Migrantengruppen. Obwohl die Proteste größtenteils friedlich verliefen, reagierte Trump mit harter Hand: 4.000 Nationalgardisten und 700 Marines wurden mobilisiert. Begründung:



Schutz von Bundeseigentum und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung.

Kaliforniens Gouverneur Gavin Newsom zeigte sich entsetzt. Für ihn war klar: Der Präsident hat seine Befugnisse überschritten. Eine Klage folgte prompt.

Föderalismus auf dem Prüfstand

Richter Charles Breyer gab Newsom recht und verwies auf den 10. Verfassungszusatz, der den Bundesstaaten erhebliche Befugnisse in Fragen innerer Sicherheit zuspricht. Doch das Berufungsgericht kippte seine Entscheidung vorläufig. Die Nationalgarde bleibt unter Trumps Kontrolle – zumindest bis zur nächsten Anhörung, die für den 20. Juni angesetzt ist.

Eine rechtliche Grauzone? Oder ein gefährlicher Präzedenzfall?

Was auf dem Spiel steht

Bürgerrechtsorganisationen schlagen Alarm. Die Militarisierung der inneren Sicherheit sei ein bedenkliches Signal. Der Vorwurf: Die Bundesregierung greife immer stärker in die Kompetenzen der Bundesstaaten ein und missbrauche das Militär zur innenpolitischen Machtdemonstration.

Andererseits argumentieren Unterstützer Trumps, dass der Präsident in Krisenzeiten eingreifen dürfe – wenn Staaten ihre Aufgaben nicht ausreichend erfüllten. Die Frage ist: Wer bestimmt, wann dieser Punkt erreicht ist?

Demokratie im Stresstest

Der Fall „Newsom vs. Trump“ könnte sich als wegweisend für die US-Demokratie erweisen. Es geht um mehr als die Kontrolle über ein paar Tausend Gardisten. Es geht um das Gleichgewicht zwischen Bundesmacht und föderaler Autonomie. Um die Frage, ob ein Präsident militärische Mittel nutzen darf, um auf innenpolitische Herausforderungen zu reagieren.

Die USA stehen vor einer Richtungsentscheidung – juristisch, politisch, vielleicht sogar gesellschaftlich.

Von Andreas M. B.